

Think Global

Reflexionen zur politischen Ökonomie

Soziale Marktwirtschaft am Ende 8

Berliner Podium: SVR-Gutachten im Rampenlicht 42

Malcolm Schaaf ist neuer Präsident des bdvb 44



REDAKTION ERLEBEN

Club-Mitglieder sehen hinter die Kulissen. Auch bei uns.

Von der Themenfindung über die Diskussionen bei der Redaktionskonferenz bis zum Druck der Printausgabe: Freuen Sie sich als **bdvb-Mitglied** auf einen exklusiven, persönlichen und umfassenden Blick hinter die Kulissen und seien Sie live dabei, wenn Ihre WirtschaftsWoche entsteht.

Wir laden Sie ein zur:

- WirtschaftsWoche Programmkonferenz, Düsseldorf
04.05./13.07./14.09./16.11.
- WirtschaftsWoche Druckereiführung, Nürnberg
06.04./06.07./05.10.



IHR CLUB-VORTEIL ALS bdvb-MITGLIED:

Exklusive und kostenlose Teilnahme.*

**Mehr Informationen und
Anmeldung unter:**
club.wiwo.de/event-uebersicht



*Teilnehmerzahl begrenzt. Änderungen vorbehalten.

**Wirtschafts
Woche Club**



Liebe Mitglieder und Freunde des bdvb,

» Aufgabe der Politik ist es, die Gesellschaft zu einen und nicht zu spalten. «

auf der Mitgliederversammlung am 18. November in Frankfurt wurde ich zum neuen Präsidenten gewählt. Für das mir entgegengebrachte Vertrauen und die Unterstützung möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Als langjähriges Mitglied ist es mir ein sehr persönliches Anliegen, dem bdvb mit seiner über hundertjährigen Tradition wieder zu der Bedeutung zu verhelfen, die ihm aufgrund seiner umfassenden und vielfältigen Mitgliederkompetenz zusteht.

Ein Verband hat seine Mitglieder zu begeistern – mit Präsenz, Sympathie, Professionalität, öffentlicher Sichtbarkeit und Zukunftsorientierung! Der bdvb ist eine Marke und hat noch so viel Potenzial, welches wir gemeinsam stärker nutzen müssen. Dies kann nur gelingen, wenn wir alle unser Engagement fokussieren, bundesweit einheitlich auftreten und uns auf die Kernkompetenzen des bdvb konzentrieren: Interessenwahrnehmung und Zusammenhalt, gegenseitige Unterstützung und Meinungsbildung – wir sind das Netzwerk für Ökonomen! Für Studierende, Young Professionals, gestandene Manager und sachverständige Unruheständler. Berufserfahrene Mitglieder geben ihr Wissen weiter und stehen beratend bei einer Existenzgründung oder der Karriereplanung zur Seite. Aber auch das Reverse Mentoring – Alt lernt von Jung – ist für uns gerade im Zeitalter der Digitalisierung eine besondere Chance.

Jeder muss und kann von seinem Engagement profitieren. Dafür sind die Rahmenbedingungen noch weiter zu verbessern – hierfür trägt das neu gewählte Präsidium Verantwortung. Allerdings sind die Ressourcen beschränkt und wir sind auf Kooperationen angewiesen, um Synergien zu nutzen und insbesondere un-

ser Profil in Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft zu stärken. Dafür ist es notwendig, uns auch wirtschaftspolitisch auf Bundesebene nachhaltiger einzubringen; dies wird in Anbetracht der vielen Parteien mit ebenso unterschiedlichen Vorstellungen nicht einfach. Die Heterogenisierung der politischen Landschaft ist eine Folge eines starken gesellschaftlichen Dissenses, der sich am Beispiel der Zuwanderungsthematik in der Öffentlichkeit besonders deutlich zeigt.

Aufgabe der Politik ist es, die Gesellschaft zu einen und nicht zu spalten. Sie muss auch der Wirtschaft einen verlässlichen Rahmen bieten. Die vergangenen Koalitionsverhandlungen oder -ablehnungen ähnelten mehr einem Kindergarten als staatstragender Verantwortung. Deutschland ruht sich auf den Erfolgen der Vergangenheit aus. Ob Bildung oder Digitalisierung – nachhaltige Impulse für die Zukunft fehlen. Politisch verursachtes Marktversagen wird dann gerne der Marktwirtschaft in toto angelastet und für ein allgemeines Kapitalismus-Bashing herangezogen. Ist die Soziale Marktwirtschaft am Ende? Oder gar der Kapitalismus? Was bringt die Zukunft? Sind Nachhaltigkeit und Kapitalismus vereinbar? Welche Rolle spielt Ethik im Digitalzeitalter? Auf diese Fragen suchen die Autoren in dieser Ausgabe Antworten. Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!

Herzlichst
Ihr
Malcolm Schauf

Präsident



Editorial

3

Aus Wirtschaft und Gesellschaft

Zum 50-jährigen Bestehen des Club of Rome	6
Was gibt es Neues in der VWL?	14
Governance und Anreizstrukturen in Genossenschaften	16
Glosse	19
Das „Smart Hospital“ als Chance	20
Digitalisierung in Forschung, Praxis und Lehre	22
Wie kapitalistische Finanzmärkte mit dem Gewissen vereinbar sind	24
Ökonomische Bildung für Flüchtlinge?	26
Unternehmerrisiko Datenschutz	29



Impressum

bdvb aktuell
Ausgabe 139
Januar bis März 2018
ISSN 1611-678X

Herausgeber
Bundesverband Deutscher
Volks- und Betriebswirte e.V.
Florastraße 29, 40217 Düsseldorf
Tel. +49 211 371022, Fax +49 211 379468
www.bdvb.de, info@bdvb.de

Redaktionelle Mitarbeit in dieser Ausgabe
Dr. Matthias Meyer-Schwarzenberger (V.i.S.d.P.),
Birgit Schoerke-Zitz, Florian Ries

Anzeigen, Layout, Herstellung, Druck
Köllen Druck + Verlag GmbH
Ernst-Robert-Curtius-Str. 14
53117 Bonn-Buschdorf
Tel. +49 228 989820, Fax +49 228 9898255
verlag@koellen.de

Der Bezugspreis von 7,50 Euro ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur in
Absprache mit dem Herausgeber gestattet.

Für den Inhalt der Artikel sind die jeweiligen
Autoren verantwortlich.

Bildnachweise

Titel: pixabay, ManiaCoolT
Inhalt: Soweit nicht anders gekennzeichnet, alle
Bilder/Grafiken © 123rf.com

Interview

Soziale Marktwirtschaft am Ende?	8
Kapitalismuskritik ist so alt wie der Kapitalismus selbst	12

Studium und Karriere

Ein Auslandssemester in Kopenhagen	30
Professor Thom gründet die „Stiftung Norbert Thom“	32
Online am Arbeitsplatz – ein arbeitsrechtlicher Dauerbrenner	34
bdvb akademie	37
bdvb BEST Economic Thesis Award 2017	38

Verbandsleben

Auf ein Wort, Herr Dr. Meyer-Schwarzenberger	40
Mensch bdvb	41
Berliner Podium – Der gute Rat der Ökonomen	42
Ein neues Präsidium und sechzehn Updates für die Satzung	44
Glänzende Feierstunde im Frankfurter Römer	46
Das Schulfach „Wirtschaft“ kommt	47
bdvb Aktivit und Hochschulgruppenleiterkonferenz	48
Aus den Fachgruppen	50
Bezirks- und Hochschulgruppen	51
Termine	57
Treffs und Stammtische	60
Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder	61
Wir gratulieren herzlich	64

Kolumne

Wann haben wir genug „Genug“?	36
Das Mitglied hat das letzte Wort	66



Ein Gespräch mit:

Prof. Dr.
Stefan Kooths



Soziale Marktwirtschaft am Ende?»

Talkshows und Debatten bemühen häufig die Soziale Marktwirtschaft – je nach politischer Couleur des Wortführenden als Wohlstandsgarant oder Opfer eines neoliberalen Spardiktats. Zeit, die Diskussion zu versachlichen und die Termini zu definieren – sagt Interviewpartner Professor Dr. Stefan Kooths, Leiter des Prognosezentrums am Institut für Weltwirtschaft in Kiel.

bdvb aktuell: Herr Professor Kooths, die einen sagen so, die anderen so. Hand aufs Herz, leben wir noch in einer Sozialen Marktwirtschaft?

Professor Dr. Kooths: Die Soziale Marktwirtschaft bezeichnet ja vor allem die deutsche Variante des Neoliberalismus: die Vorstellung, dass staatliche Eingriffe den Wettbewerb in der Marktwirtschaft schützen. Der Begriff wird nur leider immer häufiger missverstanden. Viele verstehen das Attribut „sozial“ im Sinne von „Umverteilung“. Dabei ging es den Entwicklern dieses Modells in erster Linie um Wettbewerb als wirksames Instrument gegen staatlichen wie auch gegen privaten Machtmissbrauch. Die Verteilung soll sich daher nach Leistung statt nach Macht und Privilegien bemessen – das ist das eigentlich „Soziale“ der Sozialen Marktwirtschaft. Was

eine Leistung ist, entscheiden am Ende die Konsumenten und niemand sonst.

Ist das Konsens oder zieht man mit diesem Verständnis Widerspruch auf sich?

Das ist sicherlich nicht Konsens, weil ursprünglich sachlich und wissenschaftlich klar umrissene Konzepte inzwischen zu Kampfbegriffen geworden sind. Das gilt für die Soziale Marktwirtschaft ebenso wie für den Namen „Neoliberalismus“. Mancher meint, mit diesem Wort einen Befürworter der freien Marktwirtschaft verunglimpfen zu können. Dabei will der Neoliberalismus lediglich verhindern, dass eine Melange aus staatlicher Einflussnahme auf das Wirtschaftsgeschehen und aus der Einflussnahme starker Interessengruppen auf den Staat entsteht. Leider fehlt heute in weiten Teilen der Politik aber

das Verständnis dafür, dass man nicht ohne Weiteres sagen kann, welche Intervention einer bestimmten Gruppe tatsächlich helfen kann. Oft sind die Nebenwirkungen von Interventionen negativ und schaden denen, denen man eigentlich helfen will. Dafür gibt es viele Beispiele, vom Mindestlohn bis zur Mietpreisbremse.

Was spricht dagegen, wenn Politiker die Welt so ein wenig gerechter machen wollen?

Gegen mehr Gerechtigkeit ist nichts zu sagen. Aber: In dem komplexen sozialen Gefüge, in dem wir leben – bereits der Nationalstaat stellt eine anonyme Großgesellschaft dar – kommt es ganz entscheidend darauf an, dass es abstrakte Regeln gibt. Regeln, die für alle gelten, die die permanente Einflussnahme von Interessengruppen verhindern

und vom Staat durchgesetzt werden. Das ist Aufgabe von Parlament und Regierung. Und letztlich vermittelt erst die Verlässlichkeit solcher Regeln überhaupt ein Gefühl von Gerechtigkeit.

Kann eine Soziale Marktwirtschaft in einer globalisierten Wirtschaft überhaupt funktionieren?

Wenn man sie primär als Umverteilungsveranstaltung versteht, wird sie scheitern. Aber wenn man sie als die Herrschaft allgemein verbindlicher und durchgesetzter Regeln versteht, ist dies doch genau das, was auch internationale Organisationen wie die WTO anstreben. Die Frage der Globalisierung wird meiner Meinung nach häufig aus der falschen Perspektive betrachtet. Wenn man sich die Entwicklung der Weltwirtschaft in den letzten Jahrzehnten anschaut, sieht man

Wir müssen begreifbar machen, dass die Grundlage unseres Wohlstandes am Ende des Tages nicht im Protektionismus, in der Umverteilung oder im Interventionismus liegt, sondern in der Offenheit unserer Wirtschaft und der Garantie von Eigentumsrechten.



einen massiven Abbau der absoluten Armut. Die weltweite Einkommensverteilung gleicht sich an und die Arbeitsbedingungen verbessern sich weltweit wie auch die Versorgung der breiten Massen mit Konsumgütern. Und selbst wenn wir täglich schlimme Sachen in den Nachrichten sehen, sterben doch weniger Menschen als je zuvor in bewaffneten Konflikten. Das haben wir nicht dem Interventionismus zu verdanken, sondern dem globalen Siegeszug des Kapitalismus. Unternehmer kommen nun mal selten auf die Idee, ihre Kunden oder Lieferanten umzubringen. Weltwirtschaftliche Vernetzung schafft mehr Interessenharmonie – das lernt derzeit sogar Donald Trump. Die Länder, die sich erfolgreich aus der Armut herausgearbeitet haben, die sich der Marktwirtschaft geöffnet und Eigentumschutz eingeführt haben, haben eine rasante Entwicklung genommen. Abschottung und sozialistische Experimente machen hingegen regelmäßig selbst die rohstoffreichsten Länder arm.

Und die Digitalisierung stellt keine Bedrohung dar?

Auch die Digitalisierung ist keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung – und zwar für breite

Bevölkerungsmassen. Es gibt natürlich immer wieder Auguren, die behaupten, alles würde hier auf den Kopf gestellt. Ich halte das für überzogen und vieles wird unnötig dramatisiert. Fakt ist: Wir sind nicht in der Lage, die Ergebnisse eines komplexen Wettbewerbsprozesses im Detail vorwegzunehmen. Und: Technischer Fortschritt kommt nicht ohne Grund und schon gar nicht über Nacht. Erfolgreiche Innovationen adressieren bislang unbefriedigte Bedürfnisse – sie sind auf die Konsumenteninteressen hin ausgerichtet. Die Digitalisierung ist seit Jahrzehnten auf dem Vormarsch und das Wirtschaftssystem weiß Evolution zu schätzen und wenn Neues auf Bewährtem aufbaut, statt auf Tabula rasa und Revolution zu machen. Es gibt in der Marktwirtschaft ein starkes konservatives Element, das dafür sorgt, dass Technologien von gestern nicht von jetzt auf gleich ihren Wert verlieren oder zu Massenarbeitslosigkeit führen. Problematisch wird es dagegen, wenn der Staat eingreift, um den Wandel aufzuhalten.

Wieso das?

Die Politik neigt dazu, das Bestehende um jeden Preis konservieren zu wollen. Irgendwann aller-

dings ist dies nicht mehr finanzierbar. Dann brechen die Dämme und die Menschen sind von heute auf morgen mit einer neuen Situation konfrontiert – ohne Zeit, sich anzupassen. Wenn man den Wandel sich einfach vollziehen lässt, ist er ein fließender Prozess, der von den Menschen zwar Anpassungen verlangt. Doch solche Anpassungen haben uns von Generation zu Generation auf ein immer höheres Wohlstandsniveau gehoben. Allein deshalb sollten wir keine Angst vor neuen Entwicklungen haben.

Was müssen wir transformieren, wie muss sich die Gesellschaft transformieren, damit wir die Soziale Marktwirtschaft aufrechterhalten?

Wir müssen die Interventionsspirale aufhalten und zurückdrehen – übrigens keine Herausforderung der jüngeren Zeit. Bereits Ludwig Erhard hat die Marktwirtschaft nur gegen starke Widerstände durchsetzen können – dass ihm das gelungen ist, ist das eigentliche Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit. Es gibt aber seit jeher immer wieder Versuche, sich der staatlichen Machtinstrumente zu bedienen, um Partikularinteressen durchzusetzen. Und die Politik ist immer ver-

sucht, auf diese Art Wählerstimmen zu gewinnen. Das Einzige, was hier hilft, ist die konsequente Aufklärung der Bevölkerung. Wir müssen begreifbar machen, dass die Grundlage unseres Wohlstandes am Ende des Tages nicht im Protektionismus, in der Umverteilung oder im Interventionismus liegt, sondern in der Offenheit unserer Wirtschaft und der Garantie von Eigentumsrechten.

Beispiele für Interventionismus gibt es aktuell genug. Nehmen wir nur Air Berlin oder die Dieselkrise ...

Das stimmt. Und wenn in der Politik von nationalen Champions die Rede ist – in der europäischen Politik analog von europäischen Champions –, die man aufbauen will, um es mit den Giganten in den USA und in China aufzunehmen, spiegelt dies genau das überkommene industriepolitische Denken wider, das uns noch nie vorangebracht hat. Es ist eine Anmaßung, wenn Bürokraten denken, sie könnten besser als Unternehmer einschätzen, was sich im Markt – also in den Augen der Konsumenten – bewährt.





Was kann man also tun, um gegen-zusteuern?

Es hat wenig Zweck, auf die Politiker einzureden. Wir müssen auf die breite Bevölkerung einwirken, damit man den Rattenfängern des Interventionismus nicht auf den Leim geht. Vielleicht muss man ab und zu auf die krassen Gegensätze aufmerksam machen. Die Zentralverwaltungswirtschaft hat über Jahrzehnte viele Millionen Menschen das Leben gekostet. Das war in der Sowjetunion nicht anders als im kommunistischen Chi-



nas das bewegt sich im überschaubaren Rahmen und hat heilsame Effekte, weil nicht alle im Gleichschritt in die falsche Richtung marschieren, sondern individuell experimentiert werden kann.

Brauchen wir zwingend Wachstum, für eine funktionierende Soziale Marktwirtschaft?

Nein, auch das ist ein Missverständnis. Dass immer nach Wachstum gerufen wird, vor al-

Instrumente zu beschädigen und die Last an die nächsten Generationen weiterzureichen. Einige wollen sogar neue Schulden aufnehmen, um dann leichter aus den Altschulden herauszuwachsen – diese Rechnung wird jedoch nicht aufgehen. In Wirklichkeit verhält es sich so, dass kapitalistische Systeme nicht auf Wachstum angewiesen sind. Sie führen zwar meist zu Wachstum, aber es ist durchaus möglich, dass sich ein marktwirtschaftliches System auf ein niedrigeres Wohlstandsniveau herunterskaliert. Wenn

Welche Rolle soll der Staat zukünftig spielen – insbesondere in puncto Daseinsvorsorge und Infrastruktur, Stichwort „Privatisierung“ ...

Alles um der Privatisierung willen zu privatisieren, ist falsch. Aber wenn man etwas unter staatliche Kontrolle stellen will, liegt die Beweispflicht bei denen, die verstaatlichen wollen. Auch muss man immer wieder überprüfen, ob die Gründe für die Verstaatlichung noch gegeben sind. Beim Aufbau des Telefonnetzes hatten die „Verstaatlicher“ wenigstens noch das Argument des „natürlichen Monopols“ auf ihrer Seite, doch spätestens mit Aufkommen des Mobilfunks waren alle Vor-



Mit Wachstum hofft man, aus den Schulden herauszuwachsen, ohne die überzogenen Erwartungshaltungen, die man selbst geweckt hat, zu enttäuschen.»

na. Es ist schlicht unvorstellbar, mittels einer Zentralverwaltung sieben Milliarden Menschen auf der Erde zu ernähren. Das machen sich viele nicht klar – was möglicherweise auch daran liegt, dass wir die Soziale Marktwirtschaft zu lange verklärt haben. Natürlich gibt es in einer Marktwirtschaft falsche Investitionsentscheidungen, und solche Fehler verändern Biografien. Aber

lem von der Politik, liegt daran, dass wir in Europa eine Staatsverschuldung erreicht haben, die nur noch mit Niedrigzinsen zu finanzieren ist. Mit Wachstum hofft man, aus den Schulden herauszuwachsen, ohne die überzogenen Erwartungshaltungen, die man selbst geweckt hat, zu enttäuschen. Dafür nimmt man sogar in Kauf, die währungs- und finanzpolitischen

wir etwa vergleichen, wie viel die Menschen früher in Deutschland gearbeitet haben und wie lange wir heute arbeiten, erkennen wir: Wir haben einen Teil unseres potenziell erzielbaren materiellen Wohlstandes aufgegeben für das wichtige Gut der Freizeit. Die Menschen in den USA erzielen ein höheres Pro-Kopf-Einkommen, arbeiten aber auch länger.

aussetzungen für einen funktionierenden Wettbewerb in der Telekommunikation gegeben.

Wie schaut es mit dem Thema Sicherheit aus, das immer wieder kontrovers diskutiert wird. Hier wird argumentiert, der Staat ziehe sich aus dem öffentlichen Raum zurück ...

Ja, das ist ein ganz erstaunliches Argument. In den westlichen

Staaten haben wir heutzutage Staatsquoten zwischen 40 und 50 Prozent, in Frankreich sind es sogar 56 Prozent. Man kann also kaum behaupten, der so gescholtene ‚Neoliberalismus‘ habe zu einem Kahlschlag geführt. Tatsächlich ist es so, dass der Staat sich an Stellen engagiert, an denen er überhaupt nichts zu suchen hat – und dann fehlen ihm Mittel, um seinen originären Aufgaben – die selbst Hardcore-Liberale nie in Frage stellen würden – nachzukommen: der Sicherung des Gewaltmonopols, der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, dem Schutz des Staatsgebietes, der Rechtsprechung etc.

Gibt es eigentlich noch einen Wettbewerb der Systeme? Oder setzt sich die Marktwirtschaft überall durch?

Was wir kaum oder gar nicht mehr haben, ist die Systemkonfrontation zwischen den kommunistischen, zentral verwalteten Staaten und den westlichen Wirtschaftsformen. Das macht die Diskussion für uns anspruchsvoller, denn man kann nicht mehr auf die negative Alternative verweisen, um das eigene System zu legitimieren. Es bleiben zwar noch Beispiele wie Venezuela, ein Land, das über reiche Ölvorkommen verfügt, aber aufgrund des dortigen Sozialismus bitter-

arm ist. Grundsätzlich kann man aber sagen, dass sich marktwirtschaftliche Elemente weltweit durchsetzen.

Auch in China?

Nun, es gibt viele Varianten und wird sie wohl immer geben, wobei die chinesische derzeit sicherlich die spektakulärste ist, da sie einen starken Dirigismus mit Elementen der Marktwirtschaft verknüpft, ohne politischen Wettbewerb und Freiheitsrechte zu gewährleisten. Die chinesische Führung profitiert noch davon, dass es leichter ist, eine Aufholjagd zu inszenieren, als an der Spitze des Fortschritts zu stehen. Spätestens, wenn China in der Spitze angekommen ist, hat der Staatsdirigismus aber auch dort ausgedient. Japan hat dies übrigens ebenfalls lernen müssen. Hier hat das sogenannte ‚MITI‘ als mächtigstes Ministerium einst Investitionen gelenkt und Technologieentscheidungen gefällt. Davon hört man heute nichts mehr, weil Japan „angekommen“ ist.

Eine letzte Frage: Wie verändern digitale Währungen die Soziale Marktwirtschaft?

Die Währungsfrage betrifft die Herzkammer der Sozialen Marktwirtschaft. Walter Eucken hat die Währungsstabilität seinerzeit nicht ohne Grund an den Anfang

seiner konstituierenden Prinzipien gestellt, denn ohne eine stabile Währung sind Marktwirtschaft und relative Preise nicht möglich. Man darf nicht vergessen: Das Preissystem ist das Navigationssystem für die Marktwirtschaft und für alle, die in ihr leben. Genau deshalb halte ich die monetären Großexperimente, die wir im Euroraum erleben, für extrem gefährlich. Sie spielen mit der Währung. Wenn wir das Vertrauen in die Währung durch die expansive Geldpolitik unterminieren, wird es richtig gefährlich. Bitcoins und andere digitale Währungen sind – nicht ausschließlich, aber zu einem gewissen Maße – ein Ausdruck der Vertrauenskrise in die staatlichen Währungen. Sie führt dazu, dass sich die Menschen auf die Suche nach anderen Tauschmitteln begeben. Umgekehrt gilt aber auch: Ein gewisser Wettbewerbsdruck unter den Währungen ist wünschenswert. Deshalb sehe ich im Wettbewerb der staatlichen Währungen mit privaten Währungen eine Chance, zu mehr Stabilität zu gelangen. Vorangesetzt, der Staat lässt den Wettbewerb zu und versucht nicht, den Wettbewerb zu behindern, um das Privileg seiner Notenpresse nicht zu gefährden.

Herr Professor Kooths, herzlichen Dank für dieses Interview.

«



DER INTERVIEWPARTNER

Professor Dr. Stefan Kooths leitet das Prognosezentrum im Kieler Institut für Weltwirtschaft und lehrt Entrepreneurial Economics an der University of Applied Sciences Europe in Berlin. Vor seinem Wechsel nach Kiel im Jahr 2010 war der heute 48-Jährige in der Konjunkturabteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) tätig. Das Studium der Volkswirtschaftslehre absolvierte Kooths als Stipendiat der Studienstiftung an der Universität Münster, an der er bis 2005 wissenschaftlich tätig war. Er sitzt im Kuratorium des PROMETHEUS-Instituts und ist Mitglied der Friedrich August von Hayek-Gesellschaft.

Im Gespräch
mit:
**Dr. Sven
Murrmann**



„Kapitalismuskritik ist so alt
wie der **Kapitalismus** selbst“

Kapitalismuskritische Bücher machen Auflage. Aber sind sie für Verlage aktuell wirklich eine sichere Bank? Oder nur Schall und Rauch? Was kann das Buch heute noch leisten, was andere Medien nicht vermögen? bdvb aktuell traf Verleger Dr. Sven Murrmann zum Gespräch.

bdvb aktuell: Herr Dr. Murrmann, Ihr Verlag dürfte den meisten Lesern ein Begriff sein – könnten Sie bitte trotzdem kurz erklären, was ihn ausmacht?

Dr. Murrmann: Gerne. In aller Kürze: Wir sind ein Netzwerkverlag und entwickeln Publikationen mit Organisationen und Unternehmen. In der Regel für den Buchhandel, aber auch für die Netzwerke, die die Autoren und Herausgeber bereits mitbringen. Vom programmatischen Zuschnitt her sind wir ein Sachbuchverlag für Wirtschaft und Gesellschaft. Unsere Zielgruppe sind Entscheider und Führungspersönlichkeiten.

Wir wollen heute über Kapitalismuskritik sprechen: „Reichtum ohne Gier“ von Sahra Wagenknecht und „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ von Piketty sind nur zwei Beispiele dafür. Teilen Sie die

Auffassung, dass solche Titel Konjunktur haben?

Im Grunde hatten sie die immer schon. Die Geschichte des Kapitalismus und der Globalisierung ist immer von ihren Kritikern begleitet worden, schon seit Marx. Allerdings stimmt auch: Die Finanzkrise vor fast zehn Jahren hat nicht nur der Wissenschaft und den Feuilletons die Risiken der globalisierten Finanzwirtschaft aufgezeigt, sondern auch den nachdenklichen Menschen in der Bevölkerung. Das hat überhaupt erst dazu geführt, dass Titel wie Piketty ihren Lauf machen konnten. Das Buch lesen ja sogar Banker, weil sie sich mit der These auseinandersetzen wollen, dass das Versprechen der Moderne und der Sozialen Marktwirtschaft nicht mehr gilt.

Trifft solche Kritik heute auf breitere Akzeptanz als früher?

Nun, häufig handelt es sich um keine Wirtschaftsbücher im engeren

Sinne, sondern um publikumswirksame, gesellschaftspolitische Bücher, die die Risiken der Weltmärkte und die Defizite der Globalisierung in den Vordergrund stellen. Und das Gros findet kein breites Publikum. Wir reden hier nicht über Auflagen in Millionenhöhe, sondern über maximal 50.000 bis 100.000. Das können Sie gut an Talkshows, Radiosendungen und Buchbesprechungen ablesen: Solche Veröffentlichungen kommen dort kaum vor. Piketty oder Wagenknecht haben natürlich Talkshow-Potenzial und können ihre Thesen so besser verbreiten als andere, aber sie sind eher die Ausnahme – und deshalb werden nicht zwingend mehr Bücher verkauft.

Gibt es Trittbrettfahrer unter den Verlagen? Verlage, die ein Thema, mit dem ein Konkurrent gerade erfolgreich ist, schnell mit einem eigenen Autor besetzen?

Ja, absolut. Ich würde das aber nicht Trittbrettfahrer nennen, das würde der Sache nicht gerecht. Es besteht schlicht ein Markt für diese Themen und die Verlage schauen, wie sie das für sich nutzen. Nehmen Sie beispielsweise das Thema „Design Thinking als Management-Methode“. Das wurde irgendwann en vogue und tauchte in jedem Programm auf. Oder schauen Sie auf das Thema der digitalen Transformation der Wirtschaft. Wir haben uns diesem Komplex sehr früh gewidmet. Inzwischen sind hier auch andere Wirtschaftsbuchverlage aktiv. Aktuell haben wir mit Andreas Weigend einen Autor im Programm, der sich der Datenökonomie widmet. Auch dieses Thema werden viele andere Verlage noch für sich entdecken, denn dahinter steht eine interessante neue Strömung in der Kapitalismuskritik. Für große Konzerne sind unsere Daten die neue Währung – das verändert



die Wirtschaft fundamental und wir brauchen dringend eine Datenethik, einen Code of Conduct.

Mit Hans Christoph Binswanger findet sich ein prominente bdbv-Mitglied unter Ihren Autoren ...

Ja – und seine Zivilisationskritik fügt der Kapitalismuskritik noch eine weitere Dimension hinzu, weil wir den Planeten, wenn wir so weitermachen wie bislang, unbewohnbar machen. An Binswanger sieht man zudem sehr schön, dass es auf diesem Gebiet nicht nur skandalisierende Titel gibt, die das Ende der Welt an die Wand malen, oder große, publikumswirksame Filme wie die von Al Gore, sondern auch klare, wissenschaftliche und der Wahrheit verpflichtete Analysen, die das Thema aus ökonomischer und gesellschaftstheoretischer Perspektive unaufgeregt angehen.

Machen Verlage die Themen? Oder die Autoren?

Sowohl als auch. Wir gehen gezielt auf Autoren zu, wenn wir Schwerpunktthemen identifiziert haben, von denen wir glauben, dass der Markt sie braucht. Aber

natürlich reichen uns auch Agenten und Autoren selbst Themen ein. Zur Verlegerei gehört außerdem durchaus Coaching dazu – wir helfen Autoren und Herausgebern, ein gutes Buch herauszubringen und sich zu entwickeln. Eine solche Profilbildung ist gerade aufgrund der Unübersichtlichkeit des Büchermarktes unheimlich wichtig. Unser Verlag sucht zudem nicht nach Publizisten, die über alles und jeden schreiben, wir wollen Experten im Programm haben. Wenn wir dann Autoren im Format eines Hans Christoph Binswanger oder einer Claudia Kemfert – ebenfalls bdbv-Mitglied – für uns gewinnen, dann möchten wir sie natürlich behalten und pflegen.

In Ihrem Verlag ist der Titel „Unfair – für eine gerechte Globalisierung“ erschienen, vom ehemaligen Bundesminister Gerd Müller. Er hat es immerhin auf Platz 17 der Wirtschaftsbestseller-Liste des Manager Magazins gebracht. Wie viel Marketing steckt hinter so einem Erfolg?

Naja, was heißt Marketing? Herr Müller hat ein starkes Anliegen – und Autoren mit starken Anliegen wirken besonders gut auf Veranstaltungen, etwa auf Lesungen oder in Vorträgen, im Radio, in der Zeitung oder im Fernsehen. Das war in diesem Fall der entscheidende Erfolgsfaktor. Wir haben eben schon Al Gore angesprochen. Das ist auch so ein Beispiel. Auch hier steht eine starke Per-

sönlichkeit für ein starkes Anliegen. Und Sie glauben gar nicht, was es für eine Wirkung erzielt, wenn er vor Hunderten bis Tausenden Menschen im Kino redet und seinen Film zeigt – das hat einen riesigen Multiplikator-Effekt. Für den Erfolg eines Buches ist Mund-zu-Mund-Propaganda extrem wichtig.

Haben Bücher denn noch das Potenzial, die Welt zu verändern?

Bücher haben, schon seit es sie gibt, die Welt verändert. Die Übersetzung der Bibel von Luther, die „Kritik der reinen Vernunft“ von Kant, die Schriften von Voltaire oder im Romanbereich „1984“ von George Orwell – wir könnten die Liste endlos weiterführen. Ich glaube, dass sich daran nichts geändert hat. Fiktion und Sachbuch können Menschen wachrütteln, sie können ein Bewusstseinsveränderndes Medium sein. Schlicht, weil Sie als Leser mit sich und Ihren Gedanken alleine sind, im Deep-Reading-Modus sozusagen. Diese Anstrengung und dieser Zeitaufwand wirken anders auf das Bewusstsein als eine Fernsehreportage. Außerdem haben Bücher etwas Abschließendes. Sie klappen ein Buch zu und die Argumentation ist abgeschlossen. In anderen Medien geht das Rauschen immer weiter und es bleibt kaum Zeit zur Reflexion.

Herr Murmann, herzlichen Dank für dieses Interview! «

» Bücher haben, schon seit es sie gibt, die Welt verändert.«



©Michaela Kuhn

DER INTERVIEWPARTNER

Dr. Sven Murmann ist Verleger und geschäftsführender Gesellschafter des Verlags- und Medienhauses Murmann Publishers. Er studierte Philosophie, Politische Wissenschaften und Psychologie in München und Cambridge (USA). Es folgten die Promotion im Fachgebiet Politische Philosophie und eine Forschungs- und Lehrtätigkeit an der Universität Zürich. Seit 2002 hat er einen Lehrauftrag für Philosophie im Studium generale an der Bucerius Law School in Hamburg. Sven Murmann engagiert sich ehrenamtlich als Vorsitzender des Stiftungsrates beim Schleswig-Holstein Musik Festival (SHMF) und ist stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Stiftung der Deutschen Wirtschaft (sdw).





Zukunftsmedizin und Gegenwartsgesundheit

Das „Smart Hospital“ als Chance

Eine „künstliche Intelligenz“ (KI) in der radiologischen Diagnose, Roboter in der Pflege und im OP, Haut aus dem 3D-Drucker, Blockchain zum klinischen Datenaustausch, moderne und smarte Gebäude, Prävention per App und Wearable, telemedizinische Nachsorge daheim vor dem Bildschirm mit Hochleistungssensorik und eine „elektronische Patientenakte“ – dies alles und noch viel mehr in Prävention, Diagnose, Therapie und Forschung wird eingebettet in eine neue digitale Professionalität, Qualität und – notabene – Menschlichkeit. So könnte ein „Smart Hospital“ aussehen. Was auf den ersten Blick ein wenig nach Science-Fiction klingt, ist bereits heute viel mehr Science als Fiction.

Eine neue Medizin entsteht, rechtliche Rahmenbedingungen bewegen sich zäh, aber doch auf europäischer und nationaler Ebene, viele Hoffnungen auf besser erhaltbare Gesundheit und Heilung werden deutlich, aber auch viele Sorgen, gar Ängste vor einer Entmenschlichung der Medizin, einem gläsernen „Datienten“ (Daten+Patient) oder gar dem „Drive-in“ für Kranke – aber auch einer neuen Ersetzbarkeit des medizinischen Fachpersonals. Dabei stehen im Kern die wesentlichen drei Akteure in einer Klinik vor einer historischen Herausforderung, die nicht einfach an die Regulierung oder den Markt delegiert werden kann: Ärzte/Pflegepersonal, Patienten und Klinikmanager müssen ihr Verhältnis heute neu denken. Das „Smart Hospital“ als Chance für einen vertrauensvollen Neuanfang?

Wichtig wäre dieser Neuanfang: Weder Halbgötter, noch googelnde Selbstbehandler oder durchökonomisiert-kühle Prozessoptimierer nutzen einem wirtschaftlich und gesellschaftlich deutlich angeschlagenen System. „Neuanfang“ ist übrigens etwas Positives, es bedeutet nicht, dass alles Vorherige ungut wäre – im Gegenteil: Die gemessene Patientenzufriedenheit ist oft höher als der gefühlte Ruf der deutschen Kliniklandschaft (rd. 1.900 Krankenhäuser (schrumpfend), 33 Universitätskliniken). Und diese Zufriedenheit ist sicher mehr als das Patientenentzücken über einen unerwarteten Flat Screen mit Netflix im Zimmer. Wird dieser Neuanfang jedenfalls konsequent angegangen, bietet das Smart Hospital – so die These – genau diese Chance zur Neudefinition. Das Smart Hospital als integriertes Klinik-Konzept treibt klinische Exzellenz, Patientenzentriertheit und strategische/operative Effektivität & Effizienz durch digitale Disruptionen in der Klinik von heute und morgen.

Klinische Exzellenz – Spitzenmedizin, die in der Breitenversorgung ankommt

Digitalisierung in der Medizin ist heute primär eine wissenschaftliche (Forschung, ...), wirtschaftliche, rechtliche (E-Health-Gesetz, DSGVO, ...) und gesellschaftliche (Ethik, ...) Frage – keine rein technologische (es geht bereits heute immens viel). Dabei „boomt“ der Markt, die globale Jagd nach den neugegründeten „Digital Health Unicorns“ läuft, Recht & Gesellschaft sind „kritisch positiv“. Dabei ist wie gesagt nicht alles Zu-

kunftsmusik: Im Rahmen des rechtlich möglichen und gesellschaftlich akzeptablen sind hybride Operationsräume, die Bildgebung und modernste OP-Technologien verbinden ebenso ein Thema wie ein deutlich verbessertes Patientenerleben durch Navigationssysteme, verbesserte Ausstattungsmerkmale der Zimmer oder optimierte Informationsmöglichkeiten. Viele relevante Industrie-Player wie Siemens (D), GE Healthcare (USA), Samsung (Südkorea), Qualcomm Life Inc. (USA), Athenahealth Inc. (USA), SAP (D) oder Philips (NL) bieten zunehmend ausgereifere Leistungen rund um das Smart Hospital an. Digitale Disruption verändert dabei die Medizin an sich, aber nicht „gegen“ die Medizin, sondern von ihr mitgestaltet. Die digitale Transformation macht die Medizin klarer, reicher und für die Mediziner in Forschung und Versorgung zukunftssicher. Daten sind nicht nur das neue Öl vieler anderer Industrien, sondern auch der Gesundheitswirtschaft. Aber: Auch und gerade hier kommt es auf die Qualität an! Pulp Data in, Pulp Results out! Nur klar validierte, annotierte, kuratierte Daten können im besten Sinne evidenzbasierter Medizin helfen, sie nicht ersetzen. Erst „KI+Top-Radiologe = positive Resultate für den Patienten“ lautet die Erfolgsformel. Korrelation ist eben nicht Kausalität. Und nicht weil Gesundheits-App draufsteht, kommt auch Gesundheit raus – hier ist noch Forschung zu leisten. Gerade deswegen kommt es auf beide Fachexpertisen an, die medizinische und die digitale, auf Klasse aus der Masse: „Best Data“. Im Sinne einer umfassenden „klinischen Exzellenz“ in einem Smart Hospital wird die Medizin durch die verantwortbaren digitalen Möglichkeiten bereichert, keineswegs ersetzt, Ärzteschaft und Pflegepersonal nicht überflüssig, ganz im Gegenteil. Sie werden mit ihren fachlichen Kompetenzen über mehr zeitliche und digitale Ressourcen verfügen, um im Sinne der Patienten, der Forschung und weiterer sinnvoller Zwecke agil und selber gesund und erfolgreich zu handeln. Das Fachpersonal im Smart Hospital wird mehr Zeit haben für gute Beratung, mehr Zeit, um die individuellen Fragen rund um den einzelnen Menschen anzugehen. Die Eigenkompetenz des Patienten stärken, das kooperative Zusammenwirken von Ärzten und Patienten wieder stärker in den Blick nehmen. Nicht industriell, sondern ärztlich heilen. Damit besteht letztlich die Chance, dass Spitzenmedizin auch in der Breitenversorgung systematisch deutlicher ankommt.

Patientenzentriertheit – würdesicherndes Patientenerleben als Pflicht und Erfolgsfaktor

Das Humanum als Zentrum, vom dem her und auf das hin gedacht und gehandelt wird als Institution mit ihren Akteuren, ist die zentrale Message. Der deutsche Ethikrat hat sich jüngst zum Thema „Big Data und Gesundheit“ geäußert und fordert die Datensouveränität für den Menschen. Die Pointe: Eine neue digitale Mündigkeit der Patienten wird im Smart Hospital mehr neu denkbar: mehr Eigenverantwortung, mehr Transparenz, mehr Cybersicherheit und vor allem mehr Versorgungsqualität im Sinne des „Patient Outcome“. So klingt es fast zu gut, um wahr werden zu können. Ein Smart Hospital produziert keine Gesundheit, es schafft integere, emphatische, spitzenmedizinische und hochprofessionelle Rahmenbedingungen für die Gesundung und gestaltet als Partner der Patienten deren Prävention und Nachsorge individuell. Dieses Zueinander von Skalierbarkeit und Individualisierung kann nur im Wege der digitalen Transformation gelingen: Eine wirtschaftlich erfolgreiche Klinik mit individualisierter Spitzenmedizin kann anders schwerlich gedacht werden. Würde ist kein markfähiges Gut, aber ohne digital transformiertes Knappheitsmanagement und innovative Medizin in steter institutioneller Spannung mit Markt und Wettbewerb (seien die Kliniken nun privat oder öffentlich). Weswegen es wegweisend richtig ist, wenn beispielsweise die bedeutende Universitätsmedizin in Essen ihre Version des Smart Hospitals auch und gerade im Kontext des Patientenerlebens denkt und entwirft.

Effektivität & Effizienz – agiles Klinikmanagement als ermöglichende strategische und operative Klammer

Digitale Prozesse und eine entsprechende Innovationskultur drücken – vor allem unnötige – Kosten und schaffen Chancen für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg und damit auch guter Beschäftigung (dazu wird eine steigende Teamarbeit ebenso zählen wie Entwicklungschancen, optimale Dienstpläne und Sicherheit). Change, Agilität, Innovation und Transformation – auch Kliniken agieren in einer oft überkomplexen und undurchschaubaren VUCA-World und sollten daher konsequent auf die Überwindung von internen, meist subjektiven Hemmnissen setzen. Sicher sind auch objektive Barrieren zu erklimmen, man denke nur an die oft bunten IT-Systeme mit lauen Kompatibilitäten. Überzeugende Argumente dafür, dass moderne Management-Methoden und Transformationsanlie-

gen notwendig in diametralem Gegensatz zu einer menschlichen Medizin stehen, sehe ich nicht. Im Gegenteil: Auch und gerade das Klinikmanagement hat als Ermöglicher eine sinnhafte und erfolgreiche Zukunft für Patienten, Personal und die weiteren Stakeholder zu gestalten, und diese Aufgabe kann mit einer innovationsunfreundlichen, neofeudalistischen Verwaltung des Mangels schwerlich gelingen.

Bereits diese Aspekte reichen freilich weit über das ohnehin notwendige digitale Management von Klinikprozessen hinaus. Denn digital inspirierte Spitzenmedizin und werteorientierte Patientenzentriertheit werden erhebliche Investitionen über einen großen Zeitraum erforderlich machen. Dabei ist der Staat ebenso gefordert wie die Kliniken selbst. Ein Smart Hospital nutzt auch die wirtschaftlichen Chancen, die sich aus Kompetenzen und Erfahrungen – mithin „Assets“ – seines Betriebs ergeben systematisch, um strategische Vorteile zu generieren (z.B. durch Kooperationen), Innovation anzureizen (z.B. durch Gründungen) und neue Einnahmequellen zu generieren (neue Geschäftsmodelle). Auch die Kooperation mit weiteren Akteuren der Gesundheitswirtschaft wie Pharmaunternehmen wird besser auf Augenhöhe gelingen. Immerhin prognostiziert Market Research Future aktuell für 2023 einen Weltmarkt für Smart Hospitals von 62 Milliarden US-Dollar, bei einer erheblichen Wachstumsrate von rd. 25 % zwischen 2017 und 2023 – der Markt ist von globaler Qualität und viele Länder sind deutlich weiter als Deutschland (in den USA haben 80 % der rd. 5.000 Kliniken bereits eine elektronische Patientenakte!). Nicht zuletzt können Smart Hospitals auch für die Kostenträgerstruktur deutliche Vorteile bringen.

Natürlich ist auch die Rechtssicherheit weiterhin hochbeachtlich, WhatsApp-Befunde entsprechen dem Livestyle vieler Patienten, sind aber infrastrukturell ungeregelt, es fehlen die – agilen! – Standards. Allerdings sind bei den Regeln im wesentlichen Bund und Land gefordert, schnell und einheitlich zu agieren. In diesem Sinne ist es vielleicht etwas zu gewagt, nun gerade in der viel und durchaus kontrovers diskutierten – mutigen – Vision des Smart Hospitals eine Chance für einen vertrauensvollen Neuanfang im obigen Sinne zu sehen. Und doch scheint mir nicht wenig für diese Einschätzung zu sprechen. Weder Innovationsfeigheit noch Zukunftstollkühnheit werden helfen. In diesem Sinne ist gerade das Smart Hospital eine mutige Idee der vernünftigen Mitte. «



AUTOR
Prof. Dr. Stefan Heinemann hat eine Professur für Wirtschaftsethik an der FOM Hochschule inne und ist Experte für Digitalisierung, Innovationen und Gesundheit.



Im moralischen Sumpf der Aktienkäufe Wie kapitalistische Finanzmärkte mit dem Gewissen vereinbar sind

„Spekulanten“, „Zocker“, „Wölfe“ – diese und weit weniger schmeichelhafte Bezeichnungen kursieren im Volksmund für alle jene, die sich beruflich oder nebenberuflich mit den Finanzmärkten beschäftigen oder – Gott bewahre! – auch noch in Aktien investieren. Die ganze Diskussion ist hochgradig moralisch geprägt, denn Börse und Aktienmarkt genießen in Deutschland einen zweifelhaften Ruf.

Wo die Vorurteile herkommen, kann ich nach der Finanzkrise gut verstehen. Viele Laien fassen sie als Beweis dafür auf, wie gewissenlos an den Finanzmärkten gehandelt wird und dass die Gier auf leicht verdientes Geld uns alle irgendwann in den Abgrund stürzen könnte. Letztlich muss sich also doch jeder Börsenbegeisterte und -interessierte die Frage stellen: Ist mein Investment moralisch vertretbar? Oder inwiefern trage ich Mitschuld, wenn ich die Aktien eines Unternehmens kaufe, welches zum Beispiel die Umwelt verschmutzt oder das Klima belastet?

Was kann der Sparstrumpf?

Ich kann nicht abstreiten, dass hinter scheinbar jedem zweiten Debakel, das über die Bildschirme in deutschen Wohnzimmern flimmert, irgendein großer börsennotierter Konzern steht. Und ja, selbstverständlich stellt sich die Moralfrage, wenn Sie Aktien eines Rüstungskonzerns halten, mit dessen Waffen Menschen getötet werden. Oder wenn Sie in Wertpapiere einer Chemiefirma investieren, deren Produkte die Umwelt verseuchen oder gar krebserregende Stoffe enthalten. Bei diesem Horrorszenerario scheint die Lösung naheliegend: dem Aktienmarkt fernbleiben und dadurch schön die eigene Moral wahren. Nun ja ...

Da muss ich Ihnen widersprechen. Denn die Zeiten für den Sparstrumpf unterm Kopfkissen sind vorbei. Selbst wenn Sie Ihr Geld nur festverzinslich anlegen, können damit Kredite vergeben und Unternehmen finanziert werden, mit deren Methoden Sie nicht einverstanden sind, zum Beispiel Kinderarbeit in der dritten Welt für Textil- und Modeunternehmen. Auch der Ausweg über Staatsanleihen bietet keine Lösung, denn wenn Sie diese erwerben, fließt Ihr Geld wiederum indirekt in Rüstungsunternehmen und ähnliche. Meine Empfehlung ist daher eindeutig: Investieren Sie selbst in Aktien – aber bitte richtig.



In einem Index saldieren sich die Gewinner und Verlierer.

Grünes Geld hinter dicken Mauern

In meinen Jahrzehnten an der Börse habe ich nämlich ein Verhalten sehr häufig beobachtet: Anleger, die moralische Skrupel hegen, besänftigen diese, indem sie in alternative Unternehmen investieren. Oder in anderen Worten: in scheinbar „moralisch vertretbare“ Wertpapiere, in „nachhaltige“ Geldanlagen. Geholfen ist damit niemandem, denn mit Green Money, sozialen, ethischen, Sustainable Investments & Co. können Sie erstmal rein gar nichts bewirken. Sie als Anleger sind schließlich nur ein kleines Glied in der Investitionskette. Sie halten keine Mehrheit des Kapitals, sondern zumeist nur wenige Aktien. Und nur weil Sie im Aktienregister stehen und als Kleinaktionär auf der Hauptversammlung das Wort ergreifen, finden Sie noch lange keinen Zugang zur Geschäftsführung oder können gar die Geschicke der Unternehmensführung beeinflussen.

Dennoch boomt das Geschäft mit den „moralisch sauberen Anlagen“, denn immer mehr Menschen achten nicht nur im täglichen Leben und bei der Ernährung auf Nachhaltigkeit, sondern auch an der Börse. Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung hat sich der Markt für sogenannte wirkungsorientierte Geldanlagen seit 2012 verdreifacht – 2015 umfasste das Volumen stolze 70 Millionen Euro. Faszinierend. Aber wer kann überhaupt prüfen, ob die Unternehmen halten, was sie versprechen? Ich denke, niemand. Denn trotz der öffentlich zur Schau gestellten Nachweise über die Nachhaltigkeit – wie Grundsätze und Leitbilder vorsichtiger Unternehmensführung, Berichte zu Corporate Social Responsibility, ökologischen Aspekten und sozialen Belangen – was hinter





den Unternehmensmauern tatsächlich passiert, kann kein Anleger einschätzen.

Monetär versus moralisch

Nun möchte ich die Branche und auch die nachhaltigen Investments gar nicht pauschal verurteilen. Sicher gibt es auch Unternehmen, die nicht nur leere Versprechungen machen, wirklich Gutes tun und sich sozial und ökologisch korrekt verhalten – aber mit einem Investment in diese Anlageformen können Sie die Unternehmensaktivitäten nicht moralisch begünstigen oder gar Missstände ausräumen. Der ideale Ertrag ist also gering.

Das Gleiche gilt für den monetären Ertrag. Denn die mir bekannten nachhaltigen Finanzanlagen erzielen meist keine wirklich attraktive Rendite. Im Gegenteil, oft werden diese Investments gutgläubigen Anlegern zu überhöhten Preisen angeboten. Lassen Sie sich daher nicht verleiten, solche Anlagen aus rein moralischen Gründen zu kaufen.

Bei Ihrer Entscheidung für ein Investment an der Börse sollte Nachhaltigkeit allein kein Kriterium sein, hier zählt nur die Aussicht auf eine nachhaltige Rendite. Damit Sie Ihr Investment dennoch mit Ihrem Gewissen vereinbaren können, sollten Sie sich folglich gut überlegen: Kaufen Sie selbst oder investieren Sie besser in Fonds?

Mit gutem Gewissen

Zunächst gilt: Wenn Sie Aktien im regulären Handel kaufen, ist dies ein absolut neutraler Vorgang ohne moralische Wertung. Das Unternehmen, dessen Anteile Sie erwerben, bekommt ja von Ihnen kein Geld, sondern Sie erwerben die Aktie von einem anonymen Verkäufer und geben Sie irgendwann an einen unbekanntenen Käufer weiter. Wenn Sie allerdings über eine Neuemission Geld direkt in ein Unterneh-

men investieren, ist das schon etwas anderes. Hier haben Sie es tatsächlich in der Hand, wem Sie direkt erlauben, mit Ihrem Geld zu arbeiten.

Als „korrekte“ Variante erscheint da vielen Anlegern das Investment in Fonds. Das machen doch so viele Anleger, das kann ja nicht verwerflich sein! Tja, leider doch... So wie es bei Aktien gute und schlechte gibt, trifft dies auch auf Fondsmanager zu. Statistiken belegen zudem immer wieder, dass die Mehrheit der Fondsmanager am Aktienmarkt nicht erfolgreicher investiert als ein Anleger, der einfach nur den Index kauft.

Die Lösung liegt für mich deshalb im eigenen Investment. Die für Sie richtigen Aktien können Sie über einige wenige Indikatoren bestimmen und anschließend einen Kennzahlen-Check vornehmen. Sie können zum Beispiel das Kurs-Umsatz-Verhältnis betrachten – dann haben Sie in wenigen Minuten einen Quality-Check durchgeführt, mit dem Sie besser fahren als der breite Markt. Ihre Chancen steigen außerdem, wenn Sie solche Aktien kaufen, die einen Aufwärtstrend aufweisen und sich in der Nähe ihrer Jahreshochstände befinden. Kaufen Sie hingegen keine Aktien, die ständig neue Jahrestiefstkurse erreichen. Das sind – auch wenn Kennzahlen es vielleicht suggerieren – keine Schnäppchen, die Sie da entdeckt haben. Der Markt und insbesondere gut informierte Investoren haben schon ihre Gründe, warum sie solche Unternehmen vernachlässigen.

Sie sind auf der sicheren Seite, wenn Sie selbst Einzelaktien auswählen, die ihren moralischen Ansprüchen Genüge tun. Solange Sie dabei Aktien meiden, die in aller Munde sind oder die um ihre 52-Wochen-Tiefs herumpendeln, bin ich überzeugt, dass Sie viel Freude an der Börse finden können – und das mit einem guten Gewissen. «



*AUTOR
Unzufrieden mit vagen Handlungsanweisungen aus Lehrbüchern begann **bdvb-Vizepräsident Hartmut Jaensch** schon im Betriebswirtschaftsstudium in München Algorithmen zu testen, um Börsenzyklen zu entschlüsseln. Sein Forscherdrang blieb ihm in Houston, Texas, und an der Harvard University erhalten. Auch während seiner Tätigkeit als Manager und Berater für amerikanische Konzern wie Google, Xerox, Avaya und Dresser forschte Jaensch weiter. Unter anderem verantwortete er die Entwicklung und Einführung von Prognose-, Finanz- und Risk-Management-Systemen. Seine Erkenntnisse aus fast 30 Jahren Forschung mit Daten aus mehr als 100 Börsenjahren stellt der geschäftsführende Gesellschafter von „prediqma – Institut für Börsenstrategie“ nun auch privaten Anlegern bereit.*

Der gute Rat der Ökonomen



In bester Hauptstadtlage mit Blick über den Tiergarten bis zum illuminierten Brandenburger Tor fand am 30. November 2017 zum ersten Mal das **Berliner Podium zum SVR-Gutachten** statt – eine Gemeinschaftsveranstaltung des bdvb mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB), in dessen Räumlichkeiten die Veranstaltung einen idealen Rahmen fand. Mit 80 Teilnehmern, vielschichtigen Impulsen und spannenden Kontroversen war der Diskussionsabend ein voller Erfolg – und mit seinem Untertitel „Hört die Politik den Rat der Ökonomen?“ auch thematisch ein Volltreffer, wie sich im Laufe des Abends herausstellen sollte.

Mehr als fünfzig Jahre ist es her, dass der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard (zu jener Zeit noch kein Mitglied unseres Verbandes) ein Projekt vorantrieb, das der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer nur mit Argwohn betrachten konnte: Ein unabhängiger Expertenrat sollte gegründet werden, um zur „Versachlichung“ der wirtschaftspolitischen Debatte beizutragen und eine „Wirtschaftspolitik der Vernunft“ zu begründen. So wurde im August 1963 das „Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ verabschiedet und ein Gremium von fünf ausgewiesenen Top-Ökonomen geschaffen, das bis heute zu den prominentesten Institutionen der deutschen Wirtschaftspolitik gehört.

Auch 2017 hat der Sachverständigenrat, kurz SVR, seinem gesetzlichen Auftrag entsprechend pünktlich zum 15. November ein Gutachten erstellt, in dem übrigens auch einige bdvb-Positionen – Stichwort Schuldenabbau, Chancengleichheit, Bildungs- und Infrastrukturinvestitionen – eine wissenschaftliche Bestätigung finden.

Kaum zwei Wochen später, sechs Wochen vor Ablauf der gesetzlichen Frist zur Stellungnahme der Bundesregierung, gab der bdvb zusammen mit dem VÖB seinen Mitgliedern und Gästen Gelegenheit zur Diskussion über das Gutachten.

Als Mitautorin und SVR-Vertreterin stellte Prof. Dr. Isabel Schnabel, Professorin für Finanzmarktökonomie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, das aktuelle Jahrgutachten vor. Schnabel betonte die Bedeutung der Globalisierung und der europäischen Integration für die Wohlfahrt aller Marktteilnehmer und erläuterte, unter welchen Gesichtspunkten sich der SVR „Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik“ – so der Titel des diesjährigen Gutachtens – starkmacht.

Danach hatte der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Prof. Dr. Michael Hüther, das Wort. In seiner sehr grundsätzlich gehaltenen, beinahe nachdenklichen Stellungnahme erinnerte Hüther an die normativen und empirischen Grundlagen der

Ökonomik und skizzierte die ganz eigene Mentalität der Wirtschaftswissenschaftler, deren ahistorische Modelle im Lichte der vergangenen Krisen durchaus neu zu überdenken seien.

Mit diesen Bemerkungen war für die Diskussion unter der Moderation von Bert Losse, dem stellvertretenden Ressortleiter Politik und Weltwirtschaft der WirtschaftsWoche, ein fruchtbarer Boden bereitet. Torsten Windels, Chefvolkswirt der NORD/LB, verteidigte die Denkweise der Ökonomen selbstbewusst als „Bereicherung für andere“, und auch Isabel Schnabel verwies auf die unbestreitbaren Fortschritte und Erfolge der ökonomischen Lehre in Theorie und Praxis.

Einen ganz anderen Standpunkt vertrat dagegen Joachim Poß, der Politiker in der Runde, der auf eine langjährige Erfahrung als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Finanzen und Haushalt zurückblickt. In deutlichen Worten gab Poß den anwesenden Ökonomen zu verstehen, wie schwer die aus seiner



Unter welchen Gesichtspunkten sich der SVR „Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik“ – so der Titel des diesjährigen Gutachtens – stark macht, erläuterte Prof. Dr. Isabel Schnabel



Prof. Dr. Michael Hüther skizzierte die ganz eigene Mentalität der Wirtschaftswissenschaftler, deren ahistorische Modelle im Lichte der vergangenen Krisen durchaus neu zu überdenken seien



Über 80 Gäste beteiligten sich an der Diskussion. Im Vordergrund Dr. Iris Bethge, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands

Sicht oft realitätsfernen, unsensiblen und widersprüchlichen Analysen des SVR-Gutachtens der politischen Basis zu vermitteln sind.

So bestand letztlich Einigkeit in der Feststellung, dass die Politik den Rat der Ökonomen keineswegs in dem Maße hört, wie es seinerzeit vielleicht von Ludwig Erhard beabsichtigt war. Zwar erläuterten Schnabel und Hüther, in der Vergangenheit seien vom SVR-Gutachten schon manche Impulse ausgegangen, die von der Öffentlichkeit freilich kaum wahrgenommen wurden. Die Kommunikation könne insofern noch verbessert werden und sei auch im SVR ein ständiges Thema.

Vor diesem Hintergrund lässt sich resümieren, dass das vom bdvb-Arbeitskreis Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik initiierte, vom VÖB großzügig unterstützte „1. Berliner Podium zum SVR-Gutachten“ eine wichtige Lücke im wirtschaftspolitischen Diskurs angesprochen hat und zur Sichtbarkeit der Ökonomie, einem Kernanliegen des bdvb, einen elementaren Beitrag leisten konnte. «



v. l. Dr. Matthias Meyer-Schwarzenberger, Wilhelm Ungeheuer, Prof. Dr. Isabel Schnabel, Torsten Windels, Joachim Poß, MdB, und Bert Losse

Ein neues Präsidium und sechzehn Updates für die Satzung

Selten war eine Tagesordnung im bdvb so dicht gefüllt wie die der Mitgliederversammlung 2017 in Frankfurt am Main. Dass die Sitzung dennoch zu einem guten Ende kam, war der Disziplin aller Teilnehmer zu verdanken – und dem fulminanten Amtsantritt des soeben gewählten Präsidenten Malcolm Schauf, der die zahlreichen Anträge zur Satzungsänderung im Eilschritt zur Abstimmung brachte.

Dabei bot der Vormittag sogar Raum für zwei Grußworte, die der Versammlung einen würdigen Rahmen geben sollten: Weder der am Vorabend gekürte Träger der Friedrich-List-Medaille des bdvb, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn, noch der für seine fünfzigjährige Mitgliedschaft geehrte Unternehmer und Personalberater Jörg E. Staufenbiel ließen es sich nehmen, dem bdvb einige persönliche Worte und Wünsche mit auf den Weg zu geben. Auch für die Ehrung eines besonders engagierten Mitglieds war genügend Zeit vorhanden: Aufgrund gleichlautender Beschlüsse des Präsidiums und des Beirats wurde Arthur König, über Jahrzehnte hinweg aktives Verbandsmitglied und mehrfacher Vorsitzender der Bezirksgruppe Nürnberg/Nordbayern, mit der Hans-Georg-Rackow-Medaille in Silber ausgezeichnet.

Als Austragungsort der Bundesmitgliederversammlung hatte die Bezirksgruppe Rhein-Main das im postmodernen Stil errichtete, zwischen dem Frankfurter Hauptbahnhof und dem Westhafen optimal angebundene Veranstaltungszentrum „Saalbau Gutleut“ empfohlen, das mit seinem transparenten Eingangsbereich und dem tageslichtdurchfluteten Kuppelsaal eine angenehm zweckmäßige Sachlichkeit ausstrahlte.

Gewohnt sachlich fielen denn auch die Berichte des scheidenden Präsidenten Peter Herrmann und des scheidenden Schatzmeisters

Dr. Reinhard Liedl aus Herrmann erinnerte an die Herausforderungen und Erfolge der vergangenen Jahre und dankte den Mitgliedern des Präsidiums ebenso wie dem 2016 eingestellten Geschäftsführer Dr. Matthias Meyer-Schwarzenberger für die gute Zusammenarbeit. Liedl erläuterte die Faktoren, die in den beiden Vorjahren zu großen Überschüssen geführt hatten, und präsentierte den ausgeglichenen Wirtschaftsplan für das kommende Jahr. Es folgten der Bericht der Beiratsvorsitzenden Heike Bingmann, der Bericht des Bundesvorsitzenden der Hochschulgruppen Hannes Göbel sowie der Bericht der Rechnungsprüfer Edith Honheiser-Schlieben und Ernst W. Udluft, die in der Buchhaltung des Verbandes auch diesmal keinen Grund zur Beanstandung gefunden hatten.

Ihren Höhepunkt fand die Sitzung am Nachmittag, als die 30 Teilnehmer der Hochschulgruppenleiterkonferenz zur Sitzung hinzustießen und es zur Wahl des neuen Präsidiums kam. Peter Herrmann hatte schon im Vorfeld bekanntgegeben, dass er aus persönlichen Gründen nicht mehr als Präsident zur Verfügung stehen würde. Von den zwei Kandidaten, die sich um seine Nachfolge bewarben, wählte die Mitgliederversammlung mit gut zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen Prof. Dr. Malcolm Schauf, Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der FOM Hochschule Düsseldorf. Nadine Lorenz (Düs-



Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn begrüßte die Teilnehmer der Mitgliederversammlung am Samstagmorgen



Für langjährige Verdienste im bdvb wurde Arthur König (Nürnberg) mit der Hans-Georg-Rackow-Medaille in Silber ausgezeichnet



Das frisch gewählte Präsidium (v. l.): Vizepräsident Hartmut Jaensch, Markus Englert, Vizepräsident Bodo Wißkirchen, Präsident Prof. Dr. Malcolm Schauf, Dr. Horst Friedrich, Vizepräsidentin Nadine Lorenz, Patrik Fröhlich und Schatzmeister Gunnar Ummen

seldorf) und Bodo Wißkirchen (Nürnberg) wurden als Vizepräsidenten in ihren Ämtern bestätigt. Neu hinzu kamen Hartmut Jaensch (Bocholt) als dritter Vizepräsident, Gunnar Ummen (Düsseldorf) als Schatzmeister sowie Markus Englert (Schwabach), Dr. Horst Friedrich (Oberursel) und Patrik Fröhlich (Düsseldorf) als weitere Mitglieder des Präsidiums.

Die vom Präsidium beantragten Satzungsänderungen, die zuvor durch einen eigens gegründeten offenen Arbeitskreis formuliert und im Beirat diskutiert worden waren, wurden mit Ausnahme von drei strittigen Punkten allesamt angenommen: So wurden insgesamt 16 Korrekturen und Präzisierungen vorgenommen, Regelungen an die gelebte Praxis angepasst und kleinere Änderungen bis hin zur Ermöglichung von Online-Mitgliederversammlungen eingefügt, um die „Verfassung“ des bdvb zukunftsfähig zu machen. Unverändert blieben das auf bestimmte Beschlussgegenstände beschränkte Stimmrecht der außerordentlichen Mitglieder, die Übertragbarkeit von bis zu zwanzig Stimmen innerhalb einer Bezirksgruppe und die Möglichkeit, die Abkürzung „bdvb“ als Namenszusatz zu führen.

Unter den übrigen Anträgen, die zur Abstimmung kamen, verdient die Einführung des „Jungakademiker“-Status besondere Erwähnung: Mitglieder, die das Studium mit einem akademischen Abschluss beenden, werden für ein weiteres Jahr zum jeweils gültigen Beitragssatz für Studierende eingestuft. Dies



Trotz zahlreicher Abstimmungen behielt der Sitzungsleiter Peter Hermann zu jeder Zeit den Überblick

kommt jungen Berufseinsteigern, vor allem aber auch den zahlreichen Bachelor-Absolventen zugute, die nach einem Zwischenjahr wieder an die Hochschule zurückkehren, um das Masterstudium aufzunehmen. Die neue Regelung tritt zum nächstmöglichen Zeitpunkt, d.h. mit dem Abschlussjahrgang 2018 (Mitgliedsbeitrag 2019), in Kraft und wird nach Auffassung des Präsidiums einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass der Verbleib im bdvb nach Abschluss des Studiums nicht mehr als Belastungsprobe, sondern als Selbstverständlichkeit angesehen wird.

Das Versammlungsprotokoll und die überarbeitete Satzung werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt im Mitgliederbereich der Homepage zur Verfügung gestellt.



Ehrung von Joerg E. Staufenbiel (Köln) für 50 Jahre Mitgliedschaft im bdvb

Glänzende Feierstunde im Frankfurter Römer

Von diesem Abend wird im bdvb noch lange gesprochen werden: Am 17. November 2017 wurde der ehemalige Präsident des Münchner ifo-Instituts Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn mit der Friedrich-List-Medaille des bdvb in Gold ausgezeichnet. Mehr als 200 Mitglieder und geladene Gäste waren ins historische Rathaus „Römer“ gekommen, um dem großen Ökonomen die Ehre zu erweisen.



Peter Herrmann überreicht Hans-Werner Sinn die Friedrich-List-Medaille des bdvb



den Dialog mit der Öffentlichkeit und sehe es geradezu als seine Pflicht an, seine Erfahrung in die öffentliche Diskussion einzubringen.

Eine Kostprobe des gelobten Engagements ließ denn auch nicht lange auf sich warten. „Hans-Werner Sinn wird geehrt und teilt aus“, titelte am darauffolgenden Montag die Frankfurter Allgemeine: „Merkel trug zum Brexit bei, das ist die bittere Wahrheit!“ Bereits in der Pressekonferenz, zu der ausgewählte Studierende eingeladen waren, und im gleichentags in der WirtschaftsWoche veröffentlichten Interview hatte Sinn vor den demografischen und geldpolitischen Herausforderungen unserer Zeit gewarnt und manche Versäumnisse der Politik gebrandmarkt.

Streitbar, authentisch, unabhängig – so ist Hans-Werner Sinn nicht nur in Deutschland einem Millionenpublikum vertraut. Wie kaum ein anderer Vertreter unserer Zunft hat Hans-Werner Sinn über Jahrzehnte hinweg dazu beigetragen, dass Ökonomie nicht nur von Ökonomen diskutiert wird. Sinn steht insofern in der besten Tradition Friedrich Lists (1789–1846), der forderte, politische Ökonomie müsse zum „Gemeingut aller Gebildeten“ werden.

Die Auszeichnung Sinns richtete sich daher nicht nur an einen brillanten Volkswirt, wie der amtierende bdvb-Präsident Peter Herrmann im einleitenden Grußwort feststellte, sondern vor allem an einen engagierten Intellektuellen, der die wirtschaftspolitische Debatte in Deutschland maßgeblich geprägt und gefördert habe. Diese Einschätzung bekräftigte der Laudator Holger Steltzner, Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: Sinn habe den Mut zur Äußerung von unbequemen Wahrheiten, liebe

„Das ist wahrscheinlich die wichtigste Ehre, die ich in meinem Leben erhalten habe“, sagte Hans-Werner Sinn nach der Überreichung der Medaille.

Eine würdevolle und erkenntnisreiche Abrundung fand der Abend mit dem Festvortrag des List-Experten Prof. Dr. Eugen Wendler, der am Vormittag selbst die Verdienstmedaille der Hochschule Reutlingen erhalten hatte.



Sinn habe den Mut zur Äußerung unbequemer Wahrheiten, so Laudator Holger Steltzner (FAZ)



Prof. Dr. Eugen Wendler sprach über Leben und Wirken von Friedrich List

Das Schulfach „Wirtschaft“ kommt



NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer zu Gast an der Uni Wuppertal

Nach der Aufnahme in den NRW-Koalitionsvertrag, einem Gesprächstermin im BMBF und einer live übertragenen Podiumsdiskussion im Internet hat die bdvb-Kampagne für das Pflichtschulfach Wirtschaft am 30.11.2017 mit dem Endstand von 4.157 gesammelten Unterschriften einen weiteren Höhepunkt erreicht. In der Rückschau erweist sich das Projekt als Erfolg, auch wenn das anvisierte Ziel von 10.000 Unterzeichnern nicht erreicht werden konnte.

Bereits 2012 hatte der bdvb eine Resolution formuliert, in der vehement auf den eklatanten Mangel an ökonomischer Allgemeinbildung in der deutschen Bevölkerung hingewiesen wurde. Gefordert wurde ein eigenständiges, verpflichtend zu belegendes Schulfach „Wirtschaft“ mit pädagogisch fundierten Inhalten, das von entsprechend ausgebildeten Lehrern zu unterrichten sei (siehe bdvb aktuell Nr. 134).

Mit der Einführung des Schulfachs „Wirtschaft und Berufsorientierung“ in Baden-Württemberg und dem beginnenden Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen war 2016 die Zeit gekommen, um bundesweit auf den gegebenen Handlungsbedarf hinzuweisen. So kam am 15.09.2016 die Online-Petition „Schulfach Wirtschaft in allen Bundesländern“ zustande, die von zahlreichen Gesprächen begleitet wurde und bei einer wachsenden Allianz von Verbänden, Politikern und anderen Akteuren viel Beachtung, Lob und Unterstützung fand.

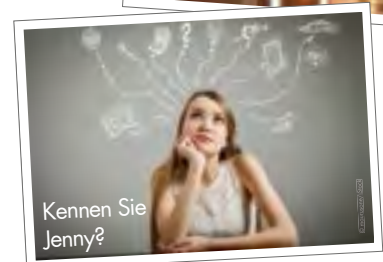
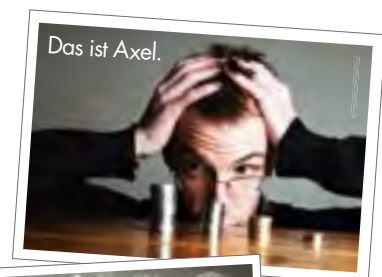
Allein in NRW bekannten sich weit über 1.000 Unterzeichner, darunter die (damals noch zukünftige) Bildungs- und Schulministerin Yvonne Gebauer (siehe Interview in bdvb aktuell Nr. 137), zu den Forderungen des bdvb. Am 16.06.2017 wurde die Einführung des Schulfachs „Wirtschaft“ im Koalitionsvertrag des bevölkerungsreichsten Bundeslandes festgeschrieben. Wir freuen uns, dass der bdvb zu diesem Durchbruch einen Beitrag leisten konnte.

Die Erfahrung in Ländern wie Hessen und Niedersachsen zeigt freilich, dass die politische

Grundsatzentscheidung allein nicht genügt, um qualifizierten Wirtschaftsunterricht flächendeckend zu gewährleisten. Auch in Nordrhein-Westfalen wirft die Umsetzung zahlreiche Fragen auf – von den Inhalten des neuen Schulfachs bis hin zur Ausbildung geeigneter Lehrer in ausreichender Anzahl.

Der bdvb wird diesen Prozess weiterhin kritisch beobachten und begleiten, vor allem aber darauf hinwirken, dass die längst überfällige Einführung des Schulfachs „Wirtschaft“ auch in den verbleibenden Bundesländern vorangetrieben wird. In einem Land wie Deutschland darf es nicht vom Wohnort abhängen, wie gut oder schlecht Schüler und Schülerinnen auf ihr Berufsleben, andere ökonomische Aspekte des Alltags und die Teilhabe am demokratischen Diskurs über wirtschaftspolitische Sachthemen vorbereitet werden.

Provokante Bildsprache für einen guten Zweck: unsere Kampagnen-Motive 'Axel' und 'Jenny'



Bodo Wißkirchen und Matthias Meyer-Schwarzenberger beim Parlamentarischen Staatssekretär Stefan Müller, MdB, im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)



Laden Sie als bdvb-Mitglied Freunde, Kollegen, Kommilitonen zu einer vorteilhaften Mitgliedschaft ein. Wir belohnen Ihren Einsatz mit einer Prämie von:

- € 10 bei Studierenden,
- € 25 bei Studierenden mit Einkommen,
- € 100 bei ordentlichen/fördernden Mitgliedern und
- € 100 bei Firmenmitgliedschaften.

Fordern Sie Ihr Werbepaket (bdvb aktuell, WirtschaftsWoche, Flyer) in der Geschäftsstelle an. Am einfachsten ist es, auf unseren aktuellen Internetauftritt zu verweisen. Oder Sie nutzen unser Online-Tool „Mitglieder empfehlen den bdvb!“ (mehr dazu im Mitgliederbereich)

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Kalenderjahr:

- € 149 jährlich – Einzelmitglied
- € 53 jährlich – Studierende
- € 99 jährlich – Studierende mit regelmäßigem Einkommen (über BAföG-Grenze)
- € 400 jährlich – Fördernde Mitglieder (Firmen, Behörden, Verbände und Organisationen)

Mit * gekennzeichnete Felder sind Pflichtfelder

Anrede* Herr Frau

Titel
Name*
Vorname*
Straße*
PLZ/Ort* <small>(Nur bei Firmenmitgliedschaft Ihre Firmenadresse angeben, sonst bitte Privatanschrift)</small>
Telefon*
Fax
Mobil
E-Mail*
Geb.-Datum*
Datum/Unterschrift*

Angaben zum Studium/Berufv

Akademischer Abschluss
Examensjahrgang
Hochschule u. Ort*
Berufliche Position/Funktionsbereich
Firma/Organisation
Branche
Studiengang u. Semester

SEPA-Lastschriftmandat / Einzugsermächtigung

Um die Mitgliedsbeiträge von Ihrem Konto einzuziehen, muss eine Einzugsermächtigung in schriftlicher Form vorliegen. Aus organisatorischen Gründen erbitten wir vorab Ihre Kontodaten zwecks Bearbeitung:

Kontoinhaber
Geldinstitut
IBAN
BIC

Ich habe ein neues Mitglied geworben

Name
Vorname
Mitglieds-Nr.
Straße
PLZ/Ort

Im Rahmen meiner Mitgliedschaft gestatte ich dem bdvb die Verarbeitung und Nutzung meiner personenbezogenen Daten zu folgenden Zwecken: Eintrag ins verbandsinterne Mitgliederverzeichnis „Meinbdvb“, vorübergehende zweckgebundene Weitergabe an beauftragte Service-Partner des bdvb, Veröffentlichung meines Namens im Mitglieder-magazin „bdvb aktuell“ (Nichtgewünschtes bitte streichen). Die Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Bitte zurücksenden an:

Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e. V.
Florastraße 29
40217 Düsseldorf

oder nutzen Sie den Online-Antrag direkt unter www.bdvb.de/mitgliedwerden

Ihre Vorteile als Mitglied

In der Mitgliedschaft enthalten:

- bdvbKompetenzPass – Aktivitäten-Nachweis zur Vorlage bei Bewerbungen, Geschäftsanbahnungen etc.
- Kostenlose Erstanalyse der Bewerbungsunterlagen
- Arbeitsrechtliche Erstberatung durch einen Fachanwalt im bdvb
- Regionale Veranstaltungen der Bezirks- und Hochschulgruppen sowie bundesweite Fachtagungen und Weiterbildungsangebote
- Vorträge, Workshops, Unternehmensbesichtigungen
- Berufsbezogene Fachgruppenarbeit
- Nützliche Kontakte / Informationen / Tipps / Empfehlungen

Sie erhalten Vergünstigungen bei:

- Literatur
- Karriereberatung
- Weiterbildungsseminaren / Tagungen
- Versicherungen / Finanzdienstleistungen
- Kultur / Hotels
- Mietwagen / Reisen
- Sport / Kommunikation

Vergünstigte Doppelmitgliedschaft mit:

- Deutscher Fachjournalisten-Verband (DFJV)
- Forum F3
- GABAL
- VÖWA (Österreichische Ökonomen)

Immer informiert:



„bdvb aktuell“
das Mitglieder-Magazin
(quartalsweise)



www.bdvb.de – das Online-
Angebot im Internet,
monatlicher Newsletter



die „WirtschaftsWoche“
52 x pro Jahr auch digital
als eMagazin und App
für iPad und iPhone möglich



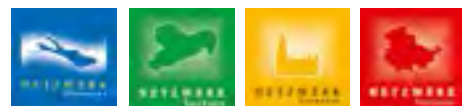
Sixt Gold Card
und garantiert 10 Prozent
Rabatt auf Mietwagen
und Transporter



Euro, das Monatsmagazin
für Wirtschaft, Börse und
Private Finanzen



Focus – das zukunftsorientierte
Nachrichtenmagazin als E-Paper
für bdvb-Mitglieder gratis



Netzwerke Sachsen, Thüringen, Schwaben und Bodensee
Wirtschafts-Talks und Unternehmer-Tage
zu „Netzwerkpartner“-Preisen

Institut für Marketing



Universität St.Gallen

Management-Pool der Universität St. Gallen
Bleiben Sie wissenschaftlich am Ball und erhalten Sie
fundiertes Feedback aus Ihrem Marktumfeld

Das Mitglied hat das **letzte Wort**



Christopher Hetz,
Nürnberg

In jeder Publikation ist die letzte Seite eine ganz besondere Seite. Im bdrv aktuell wird dieser Platz unseren Lesern zur Verfügung gestellt.

Unser heutiger Autor ist seit sechs Jahren in der IT-Industrie als Key Account Manager für Digitalisierungsprojekte bei Kunden verantwortlich. **Christopher Hetz** hat Betriebswirtschaftslehre an der WFI der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt studiert und ist seit 2008 Mitglied des bdrv.

Mehr Ehrgeiz in der Digitalpolitik!

Für Deutschland ist es mindestens fünf vor zwölf, um bei der Digitalisierung international aufzuholen. Die Diskussion um das Digitalministerium hin oder her. Wichtiger sind in der nächsten Legislaturperiode vor allem höhere staatliche Investitionen in die Digitalisierung und vor allem mehr Digitalkompetenz in der Politik. Deutschland muss das Mittelfeld verlassen und in eine digitale Vorreiterrolle gelangen. Im Digitalisierungsindex 2017 von Fraunhofer Institut und dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) landet Deutschland hingegen auf Rang 17 der 35 führenden Industrienationen – knapp hinter Irland, Österreich und Frankreich. Deutschland wird bei einem zentralen Zukunftsthema aktuell von seinen Nachbarn überholt. Interessant ist, dass Digitalisierung aber keines der gewichtigen Wahlkampfthemen bei der Bundestagswahl 2017 war – obwohl so zentral für den Wohlstand mindestens einer Generation. Was muss die neue Regierung bis 2021 dringend umsetzen, um zukünftig Export- und Digitalweltmeister zu sein?

Entscheidend ist ein entschlossener und flächendeckender Ausbau der Glasfaser- und

5G-Technologie. Damit schaffen wir die Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung von Wirtschaft und Wertschöpfungsketten. Ohne schnelles Internet entstehen neue Arbeitsplätze und Geschäftsmodelle in Handel, Industrie oder Dienstleistungssektor einfach woanders. Fehlt Infrastruktur, entstehen systematisch unfaire Standortnachteile für Unternehmen, Mitarbeiter und deren Familien. Machen wir uns nichts vor: Ja, dieser Ausbau ist ein finanzieller Mega-Kraftakt. Wir müssen dazu alte Zöpfe abschneiden. Milliarden freischaufeln kann die neue Bundesregierung zum Beispiel durch einen Abbau überholter und unsozialer Subventionen und Steuerprivilegien.

Bis zu sechs Milliarden Euro jährlich könnten laut einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey aber durch eine umfassende Digitalisierung der Staatsverwaltung eingespart werden. Online-Zugangsgesetz und Bürgerservice-Konten sind ein guter Schritt. Notwendig wären aber Investitionen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro in die Modernisierung der IT-Systemlandschaft und die digitale Vernetzung der dezentralen Register. Daten müssten

nur noch durch eine Behörde erfasst werden und stehen allen anderen Behörden zur Verfügung – ohne lästige Mehrfachanträge. E-Government ist somit das Beste, was der staatliche Sektor in Sachen Digitalförderung tun kann. Moderne und schnelle Behördenprozesse führen zu einer spürbaren Entlastung für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung. Eine durchgängige Digitalisierung und Automatisierung von Verwaltungsprozessen fordert deshalb auch der Nationale Normenkontrollrat zum Bürokratieabbau. Damit fördert man nicht etwa Personalabbau im öffentlichen Sektor, sondern sorgt grundlegend für Handlungsfähigkeit der Behörden. Schon heute klagt jede Behörde über Personalengpässe und unbesetzte Planstellen. Der demografische Wandel in Deutschland und die Pensionierungswelle wird in den nächsten Jahren zum Systemrisiko für die Handlungsfähigkeit des Staates.

Also, liebe Digitalpolitiker, bitte mehr Mut und Ehrgeiz in der Digitalpolitik! Dann kommen wir bis 2021 an die Spitze des Digitalisierungs-Index und man spricht endlich auch vom „Digitalweltmeister Deutschland“.

AUTOREN-HINWEIS

Sie möchten für die nächste oder eine darauffolgende Ausgabe einen Artikel veröffentlichen? Bitte senden Sie Ihr Thema und Ihre Rufnummer an bodo.wisskirchen@bdvb.de. Die Veröffentlichung wird als Namensartikel des jeweiligen Autors erscheinen, so dass kenntlich ist, dass die Meinung des Verfassers nicht die Meinung des bdrv widerspiegeln muss. Der Text ist begrenzt auf maximal 3.500 Zeichen (inkl. Leerzeichen).